Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2.50 M., monatlich 0.90 M. Durch die Post vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.30 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 2r Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Krawallen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 90 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 78 | Donnerstag, den 1. April 1920. | 38. Jahrgang

An unsere verehrlichen Leser!

Mit Beginn des neuen Quartals machen wir darauf aufmerksam, daß wir noch in diesem Monat damit beginnen werden, unserem Blatt 3 Beilagen beizufügen, und zwar:

„Deutsches Familienblatt“,
„Zeitbilder“,
„Der Hausfreund“.

Das Wiedererscheinen des letzteren, der beliebten Beilage unseres alteingeführten Blattes, wird sicherlich von einer großen Anzahl unserer Abonnenten mit Genugtuung begrüßt werden, nachdem der Krieg uns gezwungen hatte, den Druck desselben einzustellen. Durch diese 3 Beilagen sind wir in die Lage versetzt, unsere verehrlichen Leser mit genügend Unterhaltungs-Stoff zu versehen, sodaß der aktuellen Bericht-Erstattung der Zeitung dadurch kein Raum verloren geht.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichspräsident hat an den zurückgetretenen Reichsjustizminister Schiffer ein Dankschreiben gerichtet.

* Der Nationalversammlung ist ein Notetatgesetz für die Monate April bis Juni zugegangen.

* Der Nationalversammlung ist jetzt der Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk zugegangen.

* Der Reichskommissar im Ruhrrevier, Severing, ist vom Reichspräsidenten mit besonderen Vollmachten ausgerüstet worden.

* Zum Reichskommissar für die thüringischen Lande wurde Staatsminister Dr. Paulssen in Weimar ernannt.

* In Saarbrücken fanden große deutsch-patriotische Kundgebungen aller Beamtenvereinigungen des Saargebietes statt.

* Bei einem Einmarsch der Truppen in das Ruhrrevier wollen die Berliner Unabhängigen den Generalstreik proklamieren. Dasselbe wird aus Schlesien gemeldet.

* Infolge der Absetzung des dänischen Ministeriums durch den König proklamierte die Arbeiterschaft den Generalstreik. Die Sozialisten wollen den König zum Rücktritt auffordern.

* Die russische Sowjetregierung hat ein neuerliches Friedensangebot an alle ihre Gegner gerichtet.

Ansteckung.

Jetzt hat auch Dänemark urplötzlich seinen Staatsstreich. Über Nacht hat man dem Lande seine Regierung genommen. Eine neue hat sich noch nicht gefunden, und der König steht vorläufig einsam und allein vor allem Volke — ein ganz und gar verfassungswidriger Zustand. Das Militär ist an diesem Handstreich anscheinend nicht beteiligt, insofern haben also diese Vorgänge keine Ähnlichkeit mit unseren Putsch-Ereignissen unseligen Angedenkens. Aber die Anregung zu seinem unvermittelten Eingreifen ist dem Monarchen vielleicht doch aus Berlin zugeflogen — die internationale Luft scheint heutzutage allen politischen Ansteckungsgefahren besonders zuträglich zu sein. Jedenfalls, in Dänemark ist, für die Außenwelt ganz unerwartet, eine schwere Verfassungskrisis ausgebrochen. Wenn nicht sehr bald eine Vermittelung gefunden wird, dürfte auch dieses friedliche Land den Schrecken des Generalstreiks ausgeliefert werden.

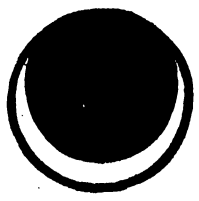
Was eigentlich in Kopenhagen vorgegangen ist, ist noch so ziemlich in Dunkel gehüllt. Offenbar handelt es sich aber um die Gegensätze in der nordschleswigschen Frage, um eine Sache also, die auch uns etwas angeht. Das Ministerium Zahle hat sich nach Kräften bemüht, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in diesem Punkte einzuhalten. Daß aber die ursprünglich vorgesehene dritte Abstimmungszone vor der endgültigen Festsetzung des Friedensvertrages wieder fallen gelassen wurde, hat schon die dänischen Chauvinisten arg in Wallung gebracht. In der ersten Zone hat ja nun die Abstimmung so ziemlich einigermaßen ihren Erwartungen entsprochen, und es heißt bereits, daß dieses Gebiet restlos, also bis zur sogenannten Clausenschen Linie, den Dänen zugesprochen werden soll. Um so grimmiger hat die Abstimmung in der zweiten Zone in Kopenhagen enttäuscht; auf eine so überwältigende deutsche Mehrheit hatten sich selbst die besten Kenner des Landes nicht gefaßt gemacht. Wie die Entscheidung der Interalliierten Kommission danach ausfallen muß, kann natürlich nicht einen Augenblick zweifelhaft sein.

Es scheint indessen, daß gewisse Kreise in Dänemark sich bei diesem für sie geradezu vernichtenden Volksurteil nicht beruhigen wollen. Wozu hat man so gute Freunde in Paris und London, wozu verfügt man über Soldaten und Kriegsschiffe, während Deutschland, immer und immer wieder von inneren Kämpfen geschüttelt, wehrlos am Boden liegt? Hatte man sich doch in Kopenhagen sogar schon mit der Hoffnung getragen, trotz des Friedensvertrages schließlich doch noch über die zweite Zone hinausgreifen zu können — und nun soll dieser schöne Traum in nichts zerrinnen, blos weil die Schleswiger „falsch abgestimmt“ haben? Eine ungeheuerliche Zumutung, in der Tat. Aber daß wir mit ihr ernstlich zu rechnen haben, unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, und daß es gelungen ist, den König für sie zu gewinnen, scheint nach seinem Vorgehen gegen das Ministerium Zahle so gut wie gewiß. Der Ministerpräsident wurde, nach einer ausgiebigen Unterredung über die nordschleswigsche Frage, aufgefordert zurückzutreten und, als er sich dessen weigerte, einfach mitsamt den übrigen Regierungsmitgliedern seines Amtes enthoben. Der Führer der linken Partei, Neergaard, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, lehnte nach kurzer Bedenkzeit dankend ab. Als danach Herr Zahle vom König gebeten wurde, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen, weigerte er sich dessen mit aller Ehrfurcht, aber auch mit aller Entschiedenheit, so daß das Land augenblicklich überhaupt keine Regierung besitzt. Der Reichstag ist bereits in die Osterferien gegangen, die Gelegenheit für Staatsstreiche also günstig. Aber die Sozialdemokraten sind auf dem Platz. Schon kündigen sie eine Volksbewegung an, um die Demokratie gegen absolutistische Gelüste zu retten, und sie vertrauen darauf, daß mit den Arbeitern sich auch das freigesinnte Bürgertum in dieser aufgedrungenen Abwehr seine Pflicht tun werde. Wir können also auch von der Gegenseite her eine Nachahmung des deutschen Beispiels erleben — wenn der König nicht schleunigst einlenkt. Die Dänen sind sonst im allgemeinen ruhige Leute, aber auf Demonstrationen verstehen sie sich ganz gut, und wer der richtige Mann dazu ist, weiß ihr Blut auch in Wallung zu bringen. Herr Zahle gehört jedenfalls nicht zu den Leuten, die den Kampf scheuen.

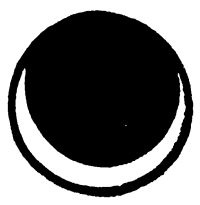
Ob wir in Deutschland auch bald wieder einen neuen Generalstreik haben werden, kann heute nicht zweifellos verneint werden. Es sind Kräfte am Werke, die nach dieser Richtung arbeiten. Dann würden wir an unserm Nachbar im Norden einen Leidensgefährten haben, ohne daß dadurch geteiltes Leid weniger schmerzhaft empfunden werden dürfte.

Drei Punkte

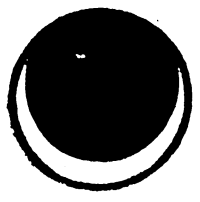
sollten Sie überzeugen, daß „Nachrichten und Tageblatt“ und „Herischdorfer Tageblatt“ die empfehlenswerteste Lokalzeitung sind.



„Nachrichten und Tageblatt“ sind mit 38½ Jahrgängen die weitaus älteste Lokalzeitung.



„Nachrichten und Tageblatt“ und „Herischdorfer Tageblatt“ besitzen nachweislich die weitaus größte Abonnentenzahl. Ein Beweis für ihre Güte und Beliebtheit.



„Nachrichten und Tageblatt“ und „Herischdorfer Tageblatt“ sind die einzigen Tageszeitungen am Orte und zugleich die billigsten Tageszeitungen des Hirschberger Tales.

Vor dem Ausbruch einer Revolution.

Die neue Ministerliste des Königs wurde in Kopenhagen bereits veröffentlicht, sie stellt ein reines Beamten- oder Geschäftsministerium dar.

Der König hat das Ultimatum abgelehnt, in welchem die Linksparteien die Wiedereinsetzung des Kabinetts Zahle forderten. Die sozialdemokratische Partei hat daraufhin den Generalstreik für Mittwoch früh proklamiert. Sie beabsichtigt, ein eigenes Kabinett zu bilden und den König und das Kabinett, das in seinem Auftrag gebildet wird, zum Rücktritt aufzufordern.

Die Gewerkschaftsausschüsse der vereinigten Gewerkschaften, des sozialdemokratischen Verbandes und der Gemeinschaftsorganisation der Arbeiter in Kopenhagen haben bereits ihre volle Zustimmung zu den Parteibeschlüssen ausgesprochen und die Lage ist als äußerst kritisch anzusehen.

Verschlimmerung im Ruhrrevier.

Drohung mit Generalstreik und Gewalt.

Die Mehrheitssozialisten in Elberfeld haben auf das Ultimatum der Regierung an das Ruhrrevier mit einer Entschließung geantwortet, in der es heißt:

Die in dem Ultimatum vorgesehene Frist von vierundzwanzig Stunden ist zu kurz. Sie verlangt eine Verlängerung von drei Tagen. Der Kampf bei Wesel konnte lokalisiert bleiben und wäre heute, längstens morgen, beendigt gewesen, weil nur noch die linksstehenden K. P. D.-Anhänger mit der Waffe weiterkämpfen. S. P. D. und U. S. P. sowie ein Teil der K. P. D. und der Zentralrat für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet in Essen stehen hinter den Bielefelder Beschlüssen. Der Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet verpflichtet uns, gemeinsam mit der U. S. P. und K. P. D. den Generalstreik auszurufen und alle Waffen mobil zu machen, um die Reichswehr niederzuschlagen. Zugleich werden wir unsere Genossen in den übrigen Bezirken des Reiches zur Solidarität für den Generalstreik und zur bewaffneten Abwehr aufrufen. Die gesamte Reichswehr ist eine Gefahr für die Republik und den Sozialismus. Nur die geforderte Arbeiterwehr mit Offizieren als Führer, aus dem Republikanischen Führerbund entnommen, und nur den von der organisierten Arbeiterschaft vorgeschlagenen Führern bietet (auch für die Regierung Müller) die einzige Sicherheit, daß ähnliche Vorkommnisse wie Kapp und Lüttwitz sich nicht wiederholen. Die Abberufung des Generals Watter in Münster fordert die S. P. D. unbedingt.

Weiter heißt es in diesem Gegenultimatum: „Bis zum letzten Mann werden wir diese Militärkamarilla und jede Regierung, die nicht durch die Tat beweist, daß sie in der Lage ist, diese Militärkamarilla sowie die reaktionären Beamten in Reich, Staat und Kommune zu beseitigen, mit dem Generalstreik und nötigenfalls mit Waffengewalt bekämpfen.“

Die Antwort der Regierung.

Die Reichsregierung hat darauf mit einer ausführlichen Darstellung geantwortet, in der die Unhaltbarkeit der zurzeit im Ruhrrevier herrschenden Zustände dargetan und erwidert wird, daß das zur Verwendung bereitgehaltene Militär verfassungstreu und keinen anderen Auftrag habe als den, gesetzliche Zustände wiederherzustellen. Auf seiten der Reichsregierung besteht nicht die Absicht, den Bogen zu überspannen, doch glaubt sie, auf den Vorschlag des Bielefelder Abkommens bestehen zu müssen, womit von der Gegenseite noch nicht der geringste Anfang gemacht worden sei.

Auflösung der Roten Armee.

In Beantwortung des Ultimatums der Reichsregierung hat der Zentralrat der Vollzugsräte zum Generalstreik aufgerufen. Militärische Operationen gegen die Reichswehrtruppen werden von der Roten Armee als aussichtslos angesehen. Der Düsseldorfer Vollzugsrat beschloß, das Ultimatum der Regierung anzunehmen. Ein endgültiger Beschluß ist zwar noch nicht gefaßt, doch ist die Annahme des Ultimatums zu erwarten. Inzwischen beginnt sich die Rote Armee in einzelne Truppenverbände aufzulösen. Es wurde auf der ganzen Front das Ultimatum bekanntgegeben. Seitdem fluten die Rotgardisten in zahlreichen Abteilungen in das Hinterland zurück. Aus den Etappenorten kommen Klagen über Plünderungen seitens der Angehörigen der Roten Armee. Das Essener Gerichtsgefängnis ist abermals von revolutionären Truppen geöffnet und die Gefangenen in Freiheit gesetzt worden. Nach einer Meldung aus unabhängiger sozialdemokratischer Quelle soll in Dorsten die Kampfleitung der Roten Armee von den extrem Gesinnten gefangengenommen worden sein. Diese hätten jetzt die Aktionen in der Hand.

Beseitigung der Standgerichte.

Reichspräsident und Reichswehrminister haben folgende Verordnung erlassen: „Die den Militäroberbefehlshabern mündlich oder schriftlich erteilte Vollmacht, Verschärfung der auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmebestimmungen nach eigenem Befinden bei Gefahr im Verzuge eintreten zu lassen, insbesondere Standgerichte einzusetzen, wird zurückgezogen. Standgerichte bleiben nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster, sowie im Bezirk

der Reichswehrbrigade 11 (Westteil Thüringens usw.) bestehen."

Durchführung des Friedensvertrages.

Was die französische Presse sagt.

Die französische Kammer hat mit 518 gegen 70 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen und die Hoffnung ausgesprochen wird, sie werde im Verein mit den Alliierten die strikte Durchführung des Friedensvertrages sichern.

Die französischen Zeitungen besprechen die Rede Millerands in der Kammer und heben hervor, daß er das Regierungsprogramm dargelegt habe, bevor alle Redner ihre Interpellationen vorgebracht hatten. Der „Matin" bemerkt, daß zwischen den Reden der verschiedenen Redner kein Gegensatz vorhanden sei, nicht einmal zwischen den Reden von Barthou und Cachin. Alle haben die Notwendigkeit betont, von Deutschland die gerechte und Frankreich zukommende Wiedergutmachung zu verlangen. Der „Matin" bemerkt weiter, daß Millerand erklärt habe, daß Frankreich die Unterstützung der Alliierten füglich erwarten dürfe. Indem Millerand den Willen betonte, sagt der „Gaulois", daß er vor allem eine französische Politik zu verfolgen habe, habe er die Mißverständnisse, die zwischen den Alliierten haben aufkommen können, auf das richtige Maß zurückgeführt. „Petit Journal" glaubt, daß Millerand damit, daß er sich direkt an die deutsche Regierung wandte, der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß Frankreich nicht ein Land des Hasses und der Rache sei, daß es sich aber nicht täuschen lasse und eine wirtschaftliche Annäherung nur eingehen könne unter der Bedingung, daß der Friedensvertrag innegehalten werde.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 31. März.

Vormarsch ins Ruhrrevier.

Berlin. Der Vormarsch der Reichswehrtruppen in das Ruhrrevier hat am Dienstag um 12 Uhr mittags begonnen. Er soll langsam erfolgen, um unnötige Verluste zu vermeiden. Bis jetzt sind noch keine Zusammenstöße erfolgt.

Die Ausländerverhaftungen in Berlin.

Berlin. Staatskommissar Dr. Weismann hat eine Besprechung mit dem Vertreter des Oberbefehlshabers, dem Polizeipräsidenten und Vertretern der Arbeiterorganisationen über die Ausländerverhaftungen gehabt. Eine Kommission aus Mitgliedern der Arbeiterorganisationen und Militärs wird im Lager Zossen die Grundlage für sofortige Enthaftung aller ohne zwingende Gründe Verhafteten schaffen.

Wiederaufbau der Seeschiffahrt.

Hamburg. Die Direktoren der Hamburg-Amerika-Linie Cuno und Huldermann sind nach Newyork abgereist. Die Reise bezweckt die Aufnahme von Verhandlungen für den Wiederaufbau der Hamburg-Amerika-Linie und die Beteiligung amerikanischer Schiffahrtsinteressenten.

Falsche Gerüchte über Mecklenburg.

Neustrelitz. Nach amtlichen Feststellungen ist es im Freistaat Mecklenburg-Strelitz während des Putsches und auch nachher zu keinerlei Unruhen gekommen. Anderslautende Nachrichten sind erfunden. Ein Versuch der Reichswehr, das Ministerium Freiherr v. Reibnitz (Soz.)—Sauerwein (Dem.) zu stürzen, wurde durch geschickte hinzögernde Behandlung der Angelegenheit verhindert.

Die Türkei in hellem Aufruhr.

Budapest. Die über Belgrad laufenden Nachrichten über die revolutionäre Bewegung in der Türkei lauten entgegen den von England ausgehenden Meldungen sehr ernst. Sie besagen, daß mit Ausnahme von Konstantinopel sich die ganze Türkei in Aufruhr befindet. Die Besetzung von Konstantinopel hat keineswegs die erhoffte Wirkung gehabt. Die gesamte Provinz steht in einer Protestbewegung, welche starken revolutionären Charakter trägt. Die Nationalisten sind die Herren der Lage. Die fremden Garnisonen sind bedroht.

Frankreich darf nicht!

Paris. In ihrer Millerand übermittelten Note soll die Washingtoner Regierung gegen die Besetzung des Ruhrbeckens durch deutsche Truppen keine Einwendung erheben, dagegen von einer Besetzung durch alliierte Truppen Unzuträglichkeiten befürchten.

Kein Kaiserprozeß in contumaciam.

London. Im Unterhause erklärte Lloyd George in Beantwortung einer Interpellation von Bottomley, daß die Regierung nicht beabsichtige, den Prozeß gegen den ehemaligen deutschen Kaiser in dessen Abwesenheit zu führen.

Heimkehr aus Japan.

Schanghai. Meyer-Waldeck, der bisher internierte Gouverneur von Tsingtau, hat am 27. März Kobe mit Bestimmungsort Hamburg zusammen mit 1100 deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen nebst Familien verlassen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Der Ausschuß und Vorstand der Zentrumspartei treten am 17. April hier zu einer Sitzung zusammen.

London. Das Sinnfeiner-Mitglied des Parlaments Malnien ist in Irland verhaftet worden.

London. Zehntausend Bergarbeiter in Northumberland sind in den Ausstand getreten.

Deutsche Nationalversammlung.

(159. Sitzung.) *CB.* Berlin, 30. März.

Am Regierungstische sitzen die Minister Müller, Geßler, Koch, Bell, Blunck. Die drei Mehrheitsparteien haben ein Vertrauensvotum für die Regierung eingebracht, das folgenden Wortlaut hat:

„Die deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärungen der Reichsregierung. Die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatsordnung und Staatswohl, Verfassung und Nationalversammlung gerichteten verbrecherischen Aufruhr und die Anstifter und Helfershelfer des Staatsstreiches. Die Nationalversammlung spricht allen Teilen des Volkes, die durch ihren gemeinsamen Widerstand die Verfassung geschützt haben, den Dank des Vaterlandes aus."

Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird fortgesetzt. Abg. Dr. **Düringer** (Deutschnat. Vp.): Ich habe gegenüber den demokratischen Abgeordneten Schücking und Gothein mein Urteil über die Tat Kapps dahin zusammengefaßt, daß die Dummheit immer die größte Lopfürde sei. Die Mehrheitsparteien haben schwere Schuld auf sich geladen, weil sie die Reichstagswahlen hinausschieben und die Wahl des Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung vornehmen lassen wollten. Die Mehrheit des Volkes steht nicht mehr hinter der Mehrheit der Nationalversammlung. (Beifall rechts.) Ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär sagte mir, daß die Regierung schon zehn Tage vor dem Putsch von dem Unternehmen unterrichtet gewesen sei. Warum hat die Regierung nicht mit den Fraktionen Rücksprache genommen und Vorbeugungsmaßnahmen getroffen? Das läßt den Schluß zu, daß der Regierung die Entwicklung des Putsches nicht einmal unerwünscht war. (Anhaltende Unruhe b. d. Mehrheitsparteien. Zurufe: Unerhört!)

Präsident **Fehrenbach**: Wenn der Redner behauptet, der Regierung sei der Putsch nicht ungelegen gekommen, so kann ich die Erregung des Hauses verstehen.

Abg. **Düringer** (fortfahrend): Ich habe keine positive Behauptung aufgestellt. Meine Partei steht dem Putsch durchaus fern und verurteilt jeden Appell an die Gewalt. Die am Putsch beteiligten Leute haben in meiner Partei keine Rolle gespielt. (Widerspruch links.) Kapp ist der Sohn eines 48er Revolutionärs, er ist in Newyork geboren, seine Mutter ist eine Jüdin, er ist also erblich belastet. (Große Heiterkeit.) Traub ist ein guter Mensch, aber ein schlechter Politiker. (Große Heiterkeit.) Der Redner betont weiter, seine Partei wolle die Verfassung schützen, wenn sie auch dagegen gestimmt habe.

Über die Lage im Ruhrrevier

führt Reichskanzler **Müller** aus: Die Erregung im westlichen Industriegebiet ist deshalb so groß, weil man fürchtet, daß dort mit den schärfsten militärischen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft vorgegangen werden soll. Dem gegenüber stelle ich fest, daß gestern in einer Kabinettssitzung der Reichswehrminister strikte Anweisungen mitgeteilt hat, alle unnötigen Schroffheiten zu vermeiden. Auch werden hinter den Truppen sofort Nahrungsmittel heranrollen. In einem Aufruf der beiden sozialistischen Parteien in Elberfeld wird gesagt, daß unverantwortliche Elemente, die Kommunisten sein wollen, gestützt auf bewaffnete Horden, die Herrschaft an sich gerissen haben, und einen Terrorismus ausüben, der schlimmer ist als der weiße Schrecken. (Hört! Hört!) Selbst die für die Kinder und Kranken in Duisburg bestimmte Milch ist von diesen Horden beschlagnahmt worden. Von der Reichsbank in Duisburg haben sie große Summen erpreßt.

Die Lage wird dadurch für uns erleichtert, daß die französische Regierung sich bereit erklärt hat, uns einen Spielraum von zwei bis drei Wochen zur Verwendung einer stärkeren Truppenmacht zu geben, ehe weitere Besetzungen in Deutschland stattfinden sollen. Diese Frist wird genügen, um die verfassungsmäßigen Zustände im Lande wiederherzustellen.

In den Arbeiterkreisen aller politischen Parteien ist große Erbitterung gegen das gewalttätige Treiben im Ruhrgebiet entstanden. Nun ist eine Aufregung darüber entstanden, weil der General v. Watter Ausführungsbestimmungen zum Ultimatum gegeben hat, die in der gestellten Frist nicht erfüllbar sein sollen. Es sind bereits Milderungen vorgenommen worden. Das Ultimatum soll überhaupt bedeuten, daß der gute Wille gezeigt wird, überhaupt die Waffen abzuliefern. (Beifall.) Die Regierung wird ihre Bemühungen fortsetzen.

Reichsminister des Innern **Koch**: Der Abgeordnete Düringer hat eine außerordentlich aggressive Rede gehalten. Die Erregung des Volkes ist jetzt auf den Siedepunkt gestiegen. Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, sie noch zu steigern. Die törichten Vorwände für den Putsch können nicht darüber täuschen, daß es sich dabei um egoistische Kasteninteressen von Offizieren handelte. Der Minister wendet sich weiter gegen die deutschnationale Volkspartei und sagt, der Generalstreik sei notwendig gewesen zur Niederkämpfung des Putsches. Wenn Herr v. Jagow sagt, er habe das Geschwür des Bolschewismus aufgestochen, so verbitten wir uns solche Quacksalber. Es ist falsch, jeden bewaffneten Arbeiter als Bolschewisten zu betrachten.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.) bedauert den Putsch von rechts und betont, seine Partei werde die neue Regierung in allen Maßnahmen zum Wiederaufbau des Vaterlandes unterstützen.

Abg. **Wels** (Soz.) polemisiert gegen die Rechtsparteien und bürdet ihnen die Schuld für den Putsch auf. Der Redner sieht die in Pommern noch weilenden Baltikumer als eine schwere Gefahr für die Republik an. Bei Besprechung der Ruhrereignisse sagt Wels: Dem von dem Zentralkomitee der unabhängigen Partei aufgestellten Programm stimmt meine Partei restlos zu. (Zuruf von rechts „in den Armen liegen sich beide.")

Abg. **Behrens** (Deutschnat. Vp.) weist eine Reihe von Behauptungen des Abg. Wels zurück und verteidigt die Deutschnationalen gegen die Angriffe der Gegner. Der Kapp-Putsch wäre auch ohne den Generalstreik zusammengebrochen.

Abg. Dr. **Hintze** (Deutsche Vp.) weist die Angriffe wegen des Kapp-Putsches gegen seine Partei zurück. Er wurde dabei so scharf, daß er den Reichsminister des Innern **Koch** zu einer scharfen Erwiderung veranlaßte. Dann sprach noch der Abg. **Seeger** (Unabh. Soz.) und damit schloß die Aussprache.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Es folgte eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen, worauf der von der Rechten eingebrachte Antrag abgelehnt wurde, dagegen die von den Mehrheitsparteien eingebrachte Entschließung, die **der Regierung uneingeschränktes Vertrauen** aussprach, angenommen wurde.

Das neue preußische Ministerium vor der Landesversammlung.

(126. Sitzung.) *CB.* Berlin, 30. März.

Unter Führung des Ministerpräsidenten Braun stellte sich heute das teilweise mit neuen Männern besetzte preußische Ministerium der Landesversammlung vor. Das Haus war gut besucht.

Ministerpräsident Braun

fand in seiner programmatischen Rede zunächst herzliche Worte des Dankes an die scheidenden bisherigen Minister und ging dann auf die Ereignisse der letzten Zeit ausführlich ein. Der Streich der Herren Kapp und Lüttwitz habe die endlich erzielte Anbahnung besserer Verhältnisse aufgehalten und einen schweren Rückfall gebracht.

Die Schuld an dem Unheil des Putsches

verschuldeten die gleichen Kreise, sagt der Redner, die den unglückseligen Krieg in hetzerischer Verblendung und getrieben von wahnwitziger Eroberungsgier bis zum Zusammenbruch geführt haben. Das sind vornehmlich jene durch die Deutschnationale Partei vertretenen agrarkonservationen Kreise Ostelbiens, die es nicht verwinden können, daß ihre Jahrhunderte währende Vorherrschaft in Preußen und im Reiche nunmehr durch die Demokratie gebrochen ist. Ich habe bereits im vorigen Jahre auf die konspirative Tätigkeit der Männer im Pommerschen Landbund und in ähnlich gerichteten Organisationen hingewiesen.

Der Bolschewistenschreck,

der von den Leuten des Staatsstreichs an die Wand gemalt wird, um von ihren eigenen Taten abzulenken, wird die Regierung nicht beirren. Gewiß, dieser Kampf muß leider wieder geführt werden. Wie die Rechtsbolschewisten, so müssen auch die Linksbolschewisten mit Nachdruck bekämpft werden. Noch brennt es in einzelnen Teilen unseres Landes; besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo das Herz unseres Wirtschaftslebens schlägt, stehen noch Arbeiter und Bürger, die sich zur Verteidigung der Verfassung erhoben hatten, unter Waffen. Ihnen rufe ich zu: Legt die Waffen nieder! Die Republik und ihre demokratische Verfassung ist gesichert. Die Demokratie, die sich erst siegreich gegen die Putschisten von rechts behauptet hat, kann sich nicht durch kommunistische Gewaltmenschen von links meucheln lassen. Durch den deutsch-nationalen Putsch ist bedauerlicherweise die Besoldungsreform für die unter schweren Nöten leidenden Beamten verzögert worden. Die Regierung wird nunmehr bemüht sein, auf die schnellste Verabschiedung hinzuwirken. Auch die

Verschlechterung der Ernährungslage

ist dem Kapp-Putsch zu verdanken. Rücksichtslos werden die vorhandenen Lebensmittel nunmehr erfaßt und dem Volke zugeführt werden müssen. Die Schieber und Wucherer, die der Kapp-Ära so freudig zujubelten, werden wirksamer als bislang gepackt werden müssen. Unser gequältes Volk muß von dieser Errungenschaft des Krieges, von dieser Pestbeule, befreit werden. Eine nachhaltige Besserung unserer Volksernährung und damit unserer Wirtschaftslage kann nur durch eine erhebliche Steigerung der Produktion erzielt werden. Diese muß mit allen Kräften gefördert werden. Mittel für eine große ländliche Kulturarbeit müssen bereitgestellt und für eine Auflockerung des übermäßigen Großgrundbesitzes die Bahn frei gemacht werden. Auch der Wohnungsfrage wird die Regierung ihre eingehendste Aufmerksamkeit zuwenden. Gewichtige Mittel werden zu ihrer Lösung aufgewendet werden müssen. Der Ministerpräsident kündigte endlich die baldige Ausschreibung der Neuwahlen an.

Es wurde dann zunächst die Tagesordnung: Kleine Vorlagen und Anträge ohne Debatte erledigt. In der Besprechung der Rede des Ministerpräsidenten erklärte

Abg. **Widermann** (Str.), daß Lüttwitz sich des Eidbruchs schuldig gemacht und das Vertrauen seiner Vorgesetzten erschlichen habe. Die Beamtenschaft habe in Verfassungstreue zum Sturz der Kapp-Regierung beigetragen.

Der Abg. **Graf** (Deutschnat. Vp.) schob die Schuld an dem Putsch der Regierung zu, die große Volkskreise gegen sich aufgebracht habe. Ihm antwortete

Ministerpräsident **Braun**, der den Putsch als einen deutschnationalen bezeichnete und erklärte, es gehe nicht an, Leute wie Traub, Kessel usw. plötzlich abzuschütteln und sie als Eisenbrötler hinzustellen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Ein Notetatgesetz** für die Monate April bis Juni 1920 ist der Nationalversammlung zugegangen. Darin heißt es unter anderem: Bis zur gesetzlichen Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920 wird die Reichsregierung ermächtigt, für die Monate April, Mai und Juni alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gesetzlich bestehender Einrichtungen und zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Reiches zu erfüllen, und endlich Bauten, für die durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Bewilligungen stattgefunden haben, fortzusetzen. Ferner wird dadurch der Finanzminister ermächtigt, Schatzanweisungen bis zur Höhe von 6 Milliarden Mark auszugeben und noch eine weitere Milliarde im Wege des Kredits flüssig zu machen.

✚ **Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk.** Der Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk bestimmt, daß jeder, der das Wahlrecht zum Reichstag hat, wahlberechtigt ist. Die Wahl soll an einem Sonn- oder öffentlichen Ruhetag stattfinden. Der Stimmzettel muß den, dem der Wähler seine Stimme geben will, bezeichnen, und darf keine weiteren Angaben enthalten. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Reichswahlleiter zieht.

✚ **Reichsgesundheitsgesetze.** Das Reichsministerium des Innern bereitet für die erste Tagung des neuen Reichstages folgende Entwürfe vor: 1. Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, 2. Reichstuberkulosegesetz, 3. Reichsgesetz gegen den Alkoholmißbrauch, 4. Reichsirrengesetz, 5. Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, ferner Novellen auf dem Gebiete des Nahrungs- und Arzneimittelwesens.

✚ **Drohender politischer Generalstreik in Danzig.** Wie von zuverlässiger Seite aus Danzig gemeldet wird, haben die dortigen Unabhängigen und Kommunisten ein Ultimatum an den Oberkommissar Sir Reginald Tower gerichtet, in welchem das sofortige Abrücken der Ententetruppen aus Danzig gefordert wird. Im Falle einer ablehnenden Antwort des Oberkommissars drohen die Radikalen mit dem Generalstreik. Das Ultimatum ist kurz befristet.

✚ **Wahlverbot in den Abstimmungsgebieten.** Die Pariser Botschafterkonferenz hat unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten und bestimmt, daß die Bewohner der der Volksabstimmung unterworfenen deutschen Gebiete weder an der Reichstagswahl noch an der Wahl des Präsidenten der Republik teilnehmen dürfen. Die Konferenz billigte außerdem eine an die deutsche Regierung zu richtende Note über die Funkenstation.

✚ **Die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern.** Die Vorlage über die Auseinandersetzung des preußischen Staates mit dem Hause Hohenzollern gilt in parlamentarischen Kreisen jetzt als gefährdet, da der neue Finanzminister Lüdemann die Vorlage nicht in der vorgelegten Form vertreten will. Sollte die Vorlage abgelehnt werden, so müßte die Krone ihre Rechte auf dem Prozeßwege geltend machen.

✚ **Rechtsbruch der Entente in Oberschlesien.** Die Interalliierte Kommission hatte im Amtsblatt von Oberschlesien einen Amnestieerlaß herausgegeben, kraft dessen auch gerichtlich bereits anhängige Verfahren niedergeschlagen werden sollen. Die Strafkammer in Oppeln hat unter dem Vorsitz des Landrichters Heidenhain diesen Amnestieerlaß insoweit für rechtsunwirksam erklärt, als er mit den deutschen Gesetzen in Widerspruch steht, nach denen gerichtlich anhängige Verfahren nur im Wege des Gesetzes niedergeschlagen werden können. Das Recht der Gesetzgebung steht aber der Interalliierten Kommission nach dem Friedensvertrage nicht zu. Darauf hat die Ententekommission den Landrichter ausgewiesen. Die Deutsche Reichsregierung hat durch ihren Bevollmächtigten in Oppeln sowie durch die deutschen Vertretungen in Paris und London gegen dieses Verfahren der Interalliierten Kommission nachdrücklichst Einspruch erhoben.

Deutsch-Österreich.

✕ **Tirol fordert Anschluß an Deutschland.** Nach Meldungen aus Innsbruck wurde in einer Versammlung des Tiroler Volksvereins eine Entschließung angenommen, wonach der Wille des Tiroler Volkes, sich an das Deutsche Reich als selbständiges Bundesland anzuschließen, durch eine alsbald vorzunehmende Volksabstimmung unzweideutig festgestellt werden solle.

Frankreich.

✕ **Millerand über die Zusammenarbeit mit Deutschland.** In seiner großen Kammerrede sagte der Ministerpräsident über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Deutschland: „Ich meinerseits schließe nicht den Gedanken an eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aus, ich bemerke gewisse Möglichkeiten einer solchen, aber unter einer alles beherrschenden Vorbedingung. Diese ist, daß ihr, deutsche Regierung, mit der, ich wiederhole es, ich sofort zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit bin, vorher den Beweis eures guten Willens gebt, indem ihr eure Verpflichtungen erfüllt."

Rußland.

✚ **Ein neues Friedensangebot Rußlands,** das drahtlos an „Alle" gerichtet ist, umfaßt folgende Punkte: 1. Anerkennung der Sowjet-Republik Rußland; 2. Anerkennung des Rechtes, das Sowjet-Experiment in Rußland weiter zu entwickeln; 3. Bereiterklärung Sowjet-Rußlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen; 4. Verpflichtung der anderen Länder, sich ebenfalls der Ein-

mischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu enthalten; 5. Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen; 6. Auflösung der Roten Armee, so bald der Friede gesichert ist; 7. Anerkennung durch Sowjet-Rußland der Schulden und Anleihen einschließlich der Zinsen der früheren russischen Regierung. Die Sowjet-Regierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jedes Landes, sich seine eigene Regierungsform zu wählen, zu achten, und diesen Grundsatz auch auf die russischen Randstaaten anzuwenden. Sowjet-Rußland beansprucht für sich dasselbe Recht.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 1. April.

Sonnenaufgang	5^{37}	Mondaufgang	4^{41} N.
Sonnenuntergang	6^{33}	Monduntergang	4^{24} V.

1815 Otto v. Bismarck geb. — 1899 Kaiser-Wilhelms-Land wird unter deutsche Reichsoberhoheit gestellt. — 1910 Maler Andreas Achenbach gest. — 1911 Dichter Martin Greif gest.

□ **Allerlei Postalisches.** Die Feldpostanstalten des Grenzschutzes Ost sind am 31. März aufgelöst worden. Infolgedessen treten die den mobilen Grenzschutztruppen bisher noch gewährten Portovergünstigungen des Feldpostverkehrs außer Kraft. Die Angehörigen der Grenzschutztruppen genießen nur noch die folgenden den übrigen Heeres- und Marineangehörigen im Inlande allgemein zustehenden Portovergünstigungen. Es werden befördert an Mannschaften des Heeres und der Marine bis zum Feldwebel, Wachtmeister oder Oberdeckoffizier einschließlich aufwärts: gewöhnliche Briefe bis zu 60 Gramm und Postkarten portofrei, Postanweisungen bis zu 15 Mark einschließlich gegen 10 Pfennig Porto und gewöhnliche Pakete bis zu 3 Kilogramm auf alle Entfernungen gegen 20 Pfennig Porto. Die Sendungen müssen in der Adresse den Vermerk: „Soldatenbrief. Eigene Angelegenheit des Empfängers“ und den Bestimmungsort mit Angabe der Bestellpostanstalt tragen. — Der Postverkehr zwischen den von fremdländischen Truppen besetzten deutschen Rheingebieten und dem übrigen Deutschland unterliegt jetzt keiner Beschränkung mehr und findet mit allen Besatzungszonen wieder nach den allgemeinen Vorschriften statt. — Gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art können fortan nach Spanien und Portugal mit deutschen Schiffen über Hamburg befördert werden. Die Sendungen müssen den in die Augen fallenden Vermerk „über Hamburg“ tragen.

□ **Reiseausweise für die Abstimmungsberechtigten.** Der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen gibt, um einen weit verbreiteten Irrtum aufzuklären, bekannt: Die Bestimmungen, die die Interalliierte Kommission über Ausweise zur Einreise in Abstimmungsgebiete getroffen hat, beziehen sich lediglich auf den allgemeinen öffentlichen Verkehr. Für die Einreise von Personen, die zur Teilnahme an den Volksabstimmungen berechtigt sind, hat sich die Kommission besondere Bestimmungen vorbehalten. Erst nach deren Bekanntgabe können die Stimmberechtigten sich Einreisepapiere beschaffen, die für den besonderen Zweck der Abstimmungen Gültigkeit haben. Es wird aber empfohlen, ein kleines Sichtguthaben zur späteren Verwendung bereitzuhalten.

Wartenberg.

* **Herr Pastor Kuske,** der Seelsorger der hiesigen evangelischen Gemeinde, feiert morgen, Donnerstag, seinen Geburtstag. Er hat es in der kurzen Zeit seines Wirkens am hiesigen Orte in ganz hervorragender Weise verstanden, sich die Herzen Aller zu gewinnen, und er hat den Beweis erbracht, daß er ein Seelsorger im wahrsten und umfangreichsten Sinne ist. Wir entbieten Herrn Pastor Kuske zum morgigen Tage unsere herzlichsten Glückwünsche und hoffen, daß es uns noch recht oft vergönnt sein möge, ihn als Geburtstagskind unter uns zu sehen.

* **Der Bürgerverein** veranstaltete am 26. März seinen letzten Vortragsabend. Herr Direktor Hüllweck sprach über: „Tage des Werdens in der Plastik“ und erntete von einem gut besuchten Hause lebhaften Beifall für seine sehr klaren und interessanten Ausführungen. Der Vortrag wurde durch Lichtbilder erläutert. Anschließend an den Vortrag wurde eine Sitzung des Bürgervereins abgehalten. Vorträge sollen im Sommer wegen allzu geringer Beteiligung der Allgemeinheit nicht abgehalten werden, dagegen sind einige Familienabende in Aussicht gestellt. Ueber die Aufführung eines Sommer-Festspieles konnte noch nicht abschließend beraten werden, Gerhart Hauptmann's Teilnahme daran ist gesichert. Ein Kinderspielplatz auf dem Weg zwischen Zacken und Klostermauer ist geplant. Ueber die weitere Anlage von Schrebergärten schweben noch Verhandlungen. Der Rechnungsbericht über die letzten Aufführungen des Tepler'schen Instituts ergab 1248,50 Mk. Einnahmen und 929,91 Mk. Ausgaben. 318,59 Mk. konnten daher der Kasse des Volksheimes überwiesen werden.

* **Die Schweizer Kinder,** die Mittwoch früh 6,23 Uhr in Hirschberg eintreffen sollten, sind nicht angekommen. Das nunmehrige Eintreffen derselben wird noch bekannt gegeben.

* **Gemeindevertretersitzung** am Donnerstag, den 1. April. 1. Versicherung der Schonung im Wasserwerk gegen Feuer. 2. Notstandsarbeiten zur Vermeidung von Erwerbslosigkeit. 3. Aenderung des Ortsstatuts über Erwerbslosenfürsorge. 4. Mietung eines Schuppens Mühlstraße 5. 5. Erhöhung der Gebühren für Abnahme von elektrischen Installationen. 6. Erlaß einer Aufenthaltssteuer für Fremde. Geheime Sitzung. 7. Erhöhung der Löhne der Gemeindearbeiter, Erhöhung der Entschädigung für Beaufsichtigung der Arbeiten und Kriegsteuerungszulage für die Witwe eines Lehrers der Holzschnitzschule.

* **Die Postgebühren,** die am 1. 4. erhöht werden sollten, bleiben bis auf weiteres noch zu den alten Sätzen bestehen.

* **Der Bahnverkehr** auf den Staatsbahnen vollzieht sich am 1. und 2. Feiertag nach den Gesetzen über den Verkehr an Sonntagen. Das heißt: am 1. und 2. Feiertag verkehren keine Züge.

Herischdorf.

Den Milchabnehmern sowie Lieferanten wird hierdurch bekannt gemacht, daß mit dem 1. April cr. die Abschnitte der

Voll- und Magermilchkarten

bis Nr. 13. außer Kraft gesetzt werden. Von diesem Tage ab treten die Abschnitte von Nr. 14 ab in Kraft.

Herischdorf, den 29. März 1920.

Der Gemeindevorstand: Feeser.

Auf Abschnitt 10 der roten Gemeindelebensmittelkarte werden von morgen ab in allen Kolonialwarengeschäften in Herischdorf

2 Heringe

pro Kopf ausgegeben werden. Preis pro Hering 90 Pfg. Es handelt sich um gute, 1918 Saar-Ware.

Herischdorf, den 30. März 1920.

Der Gemeindevorstand:
Feeser.

Nah und Fern.

o **Saargebietsbriefmarken.** Die Regierungskommission des Saargebiets verfügte, daß in nächster Zeit im Saargebiet deutsche Briefmarken mit dem Aufdruck „Saargebiet“ ausgegeben werden. Die deutschen Marken mit französischem Aufdruck „Sarre“ werden deutscherseits nicht anerkannt. Es besteht die Absicht, in einiger Zeit überhaupt eine eigene Saargebietsbriefmarke zu schaffen.

o **Hauptmann von Pflugk-Hartung getötet.** Der aus dem Liebknechtprozeß bekannte Hauptmann von Pflugk-Hartung ist in Hirschgarten bei Berlin das Opfer einer Explosion geworden, die anscheinend absichtlich herbeigeführt worden ist. In dem Augenblick, als er im Kraftwagen nach Berlin abfahren wollte, ertönte eine gewaltige Detonation. Unter dem Kraftwagen muß eine Bombe, aller Wahrscheinlichkeit nach mehrere zusammengekoppelte Handgranaten, angebracht gewesen sein. Hauptmann von Pflugk-Hartung wurde auf der Stelle getötet, während Professor Eginhardt aus Berlin, der neben ihm saß, an den Beinen verletzt wurde. Der Kraftwagenführer Gebhard erlitt schwere Verletzungen im Rücken. Dem Offizierstellvertreter Kluge, der neben dem Wagen stand, wurden beide Beine weggerissen. Neben diesen Verletzten sind noch zehn Mann der Sturmkompagnie Pflugk-Hartung schwer zu Schaden gekommen.

o **Geringe Benutzung der Wohnschlafwagen.** Zur Linderung des Zimmermangels in den Berliner Hotels hatte die Eisenbahnverwaltung vor einiger Zeit auf den meisten der Berliner Fernbahnhöfe eine Reihe von Schlafwagen den Reisenden zur Benutzung überwiesen. Trotzdem die Nachfrage nach Hotelzimmern und die Besetzung der Gasthöfe nicht geringer geworden ist, blieb doch die Benutzung der Wohnschlafwagen äußerst gering, so daß sich die Eisenbahnverwaltung genötigt sieht, ihre Zahl auf den verschiedenen Bahnhöfen um etwa die Hälfte zu verringern.

o **Von Spartakisten abgeschossen.** Der Fliegerleutnant Franz Büchner wurde bei einem Aufklärungsflug über Leipzig von Spartakisten abgeschossen und getötet. Er war Ritter des Pour le mérite und hatte sich im Kriege durch 40 Luftsiege ausgezeichnet. Am selben Tage wurde der Fliegerleutnant Kurt Scheibe über Halle abgeschossen. Er war der dritte und letzte Sohn seiner betagten Eltern. Im Kriege war er als Bombenflieger im Balkan und an der Westfront tätig; er führte fünf Flüge über Paris aus. Beide Flieger gehörten dem Fliegerhorst Großenhain i. S. an.

o **Ein Papstdenkmal in Konstantinopel.** Als Dankeszeichen des Orients für die vom Papst Benedikt XV. während des Krieges bewiesene menschenfreundliche Fürsorge wird in Konstantinopel ein Papstdenkmal — ein aus Granitblöcken gebildeter Sockel trägt das Marmorbildnis des Papstes — errichtet. An der Zeichnung der Beiträge beteiligten sich der Sultan und alle osmanischen Prinzen.

o **Die erste Gewinnziehung der Sparprämienanleihe.** Am letzten Sonnabend wurden bei der ersten Ziehung der Sparprämienanleihe folgende Gewinne gezogen: 4 Gewinne je 1 Million auf Gruppe 1415 Nr. 250, 4 Gewinne je 500 000 Mk., Gruppe 1605, Nr. 67. 4 Gewinne, 300 000 Mk., Gruppe 2081, Nr. 379. 8 Gewinne, 150 000 Mk., Gruppe 767, Nr. 146 und Gruppe 688, Nr. 51. 24 Gewinne, je 50 000 Mk., Gruppe 488, Nr. 188; Gruppe 995, Nr. 157; Gruppe 550, Nr. 51; Gruppe 1497, Nr. 306; Gruppe 674, Nr. 216; Gruppe 183, Nr. 165. Für alle Gruppen Reihe A, B, C, D. Diese Gewinnangabe erfolgt ohne Gewähr. Maßgebend sind nur die amtlichen Listen.

o **Ein Jahr Steuernachzahlung.** Der Magistrat Neukölln hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, nach der der Zuschlag zur Einkommensteuer rückwirkend vom 1. April 1919 um 50 % zu erhöhen ist. Der Magistrat erklärt, daß es bei der Finanzlage der Stadt nicht möglich ist, die Teuerungszulagen für Beamte und Lehrer, sowie die Aufwendungen für die Hilfskräfte aus laufenden Mitteln zu bestreiten.

o **Ärztliches Zeugnis bei Eheschließungen.** Wie aus Wien gemeldet wird, beschäftigt sich das dortige Volksgesundheitsamt mit den Vorbereitungen für ein Gesetz, nach dem künftig zur Eheschließung ein ärztliches Zeugnis nötig sein soll. Ein solches Zeugnis wird derzeit nur in einzelnen Staaten Amerikas verlangt.

o **Brigade Ehrhardt wieder in Doveritz.** Die beim Berliner Putsch beteiligte Brigade Ehrhardt, die nach Lockstedt abtransportiert werden sollte, um dort entwaffnet zu werden, mußte, da die Beamten und Arbeiter der Eisenbahndirektion Altona sich weigerten, die Eisenbahntransporte abzunehmen, nach Döberitz zurücktransportiert werden. Lediglich ein Transport ist nach Lockstedt gekommen.

§ **Der Achtzehnjährige als Lebemann.** Vor der Strafkammer in Berlin stand der 18jährige Banklehrling Eberhard Hentze, der beschuldigt wurde, bei einer Berliner Bankfirma 815 000 Mark unterschlagen zu haben. Der jugendliche Bankdefraudant hat in wenigen Wochen mit seiner 15jährigen Geliebten 200 000 Mark vergeudet. Er schenkte der „Braut“ Pelze und seidene Kleider, gab für Speisen und Getränke täglich 600 Mark aus, fuhr stundenlang im Auto spazieren, spekulierte auf den Rennplätzen für Tips viele Tausende usw. Das Gericht erkannte trotz der Höhe der unterschlagenen Summe nur auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis, mit der Begründung, daß der junge Mensch lediglich durch das Fehlen jeder Kontrolle in der Bank der Verführung erlegen sei.

o **Die neuen Tabaksteuermarken.** Die neue Tabaksteuer soll bekanntlich, wie bisher die Zigarettensteuer, für alle Arten von Tabak durch Steuerzeichen eingezogen werden. Die Marken werden für Zigarren grün bedruckt, für Kautabak und Zigaretten blau, für feingeschnittenen Rauchtabak grün, für Pfeifentabak rot, für Schnupftabak violett und für Zigarettenhüllen orange. Die Zigarrenmarken enthalten am oberen Rande die Inhaltsangabe nach Stückzahl und Art, darunter die Angabe des Kleinverkaufspreises für eine Zigarre. Auch bei den übrigen Tabakarten wird der Kleinverkaufspreis angegeben, bei Zigaretten für ein Stück, im übrigen für ein Kilogramm.

o **500 000 Mark für die Hallenser Straßenkämpfer.** Der Verband der Sächsisch-Thüringischen Färbereien sowie die Konvention der Sächsisch-Thüringischen Färbereien (Ortsgruppe Gera) bewilligte für die Familien der in den Straßenkämpfen in Halle a. S. Gefallenen eine halbe Million Mark.

o **Von Entente-Kraftwagen überfahren.** Zwei Kraftwagen der Interalliierten Überwachungskommission Dresden überfuhren auf der Fahrt von Jüterbog nach Dresden in Coswig einen zwölfjährigen Knaben, der einen Arm- und Hüftbruch erlitt. Die angesammelte Menge konnte nur mit Mühe beruhigt werden. Die Kraftwagen wurden nach Feststellung des Tatbestandes der Verbindungsstelle der Heeresfriedenskommission zugeführt. Der englische und der französische Präsident der Untersuchungskommission sprachen dem deutschen Verbindungsoffizier ihr lebhaftes Bedauern aus und erklärten, daß sie für sämtliche Kosten aufkämen.

o **Ein erwünschter Fund.** Nach einer Meldung aus Dresden, sind in der preußischen Lausitz bei Friedrichshein große Braunkohlenfelder erbohrt worden. Sie besitzen eine große Mächtigkeit und sollen so bald wie möglich ausgebeutet werden.

o **Eisenbahnmassendiebstähle.** Die Erfurter Kriminalpolizei ist einer großen Eisenbahndiebesbande auf die Spur gekommen. Bisher wurden 56 Diebstähle aufgedeckt, an denen 62 Personen beteiligt sind. Es handelt sich nur um Eisenbahnbeamte aller Grade vom Zugführer und Oberschaffner bis zum Hilfsschaffner und Hilfsrangierführer. Geraubt wurde alles, besonders Getränke, Rauchwaren aller Art. Zuletzt wurden größere Verbrechen derart ausgeführt, daß die Diebe große Ballen Tuchstoffe und andere wertvolle Eilgüter während der Fahrt aus dem Zuge warfen und später abholten. Dadurch wurde es möglich, einen Teil der zuletzt gestohlenen Güter wieder herbeizuschaffen.

o **Eine schreckliche Bluttat** hat sich im Dorfe Binnow, Kreis Greifenhagen, ereignet. Der Landwirt Mittelstedt erschoß seine Ehefrau sowie die gerade hinzukommenden hochbetagten Eltern seiner Frau und ihre unverheiratete Schwester. Eine anwesende Verwandte konnte sich durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Mittelstedt verriegelte dann die Türen und erschoß sich selbst. Wie verlautet, sollen langjährige Zwistigkeiten die Ursache des Mordes sein.

o **Raubmord.** In Leipzig wurde die Inhaberin eines Schokoladengeschäftes hinter ihrem Ladentisch ermordet aufgefunden. Der Täter, von dem jede Spur fehlt, hat beim Durchsuchen aller Behälter eine große Menge Wertsachen und eine große Geldsumme gefunden.

o **Mörder im Automobil.** In Aachen mieteten zwei unbekannte Männer eine Automobildroschke zu einer Fahrt nach einer benachbarten Ortschaft. Unterwegs erschossen die Fahrgäste den Führer, warfen die Leiche auf ein Feld und bemächtigten sich des Wagens. Von den Mördern fehlt jede Spur.

⊙ **Furchtbare Wirbelstürme in Amerika.** Einer Meldung aus Newyork zufolge hat eine Reihe von heftigen Wirbelwinden Nordost-Illinois und Teile von Ohio, Michigan, Indiana, Missouri, Wisconsin, Georgia und Alabama heimgesucht. Zahlreiche Personen wurden getötet, Hunderte von Häusern sind weggefegt worden. Da viele Telegraphenleitungen zerstört sind, fehlen nähere Nachrichten.

⊙ **Teuere Parlamentarier.** Das französische Parlament hat ein Gesetz angenommen, durch das jedem Senator und Abgeordneten in Anbetracht der Teuerung ein besonderer Zuschuß von 1000 Frank monatlich gewährt werden soll. Damit erhält jetzt jeder französische Parlamentarier eine jährliche Aufwandsentschädigung von 30 000 Frank. In deutsches Geld umgewechselt, wären das nach dem heutigen Kurs ungefähr 180 000 Mark!

⊙ **Todesstrafe für Lebensmittelausfuhr.** Die tschechische Nationalversammlung hat ein Gesetz angenommen, das auf die unbefugte Ausfuhr von Lebensmitteln schwere Kerkerstrafen bis zu 20 Jahren, außerdem Geldstrafen bis zu einer Million Kronen und in besonders schweren Fällen sogar Todesstrafe setzt.

o **Das erste deutsche Volkshochschulheim** ist in dem unweit Gera (Reuß) gelegenen Tinz eröffnet worden. Für dieses gemeinnützige Unternehmen wurde das alte fürstliche Schloß zur Verfügung gestellt. Am ersten halbjährigen Kursus nehmen 47 Schüler teil, darunter Fünfundvierzigjährige.

o **Ausdehnung der Rationierung.** Die kritische Ernährungslage hat die Stadtverwaltung von Remscheid gezwungen, auch die bisher frei verkauften Lebensmittel zu rationieren. Die Geschäfte, die gegen die Rationierungsvorschriften verstoßen, werden kurzerhand geschlossen.

⊙ **Der Lebensabend eines Berühmten.** Karl Ubel, der frühere Leiter des in der ganzen Welt bekannt gewordenen Wiener Ubel-Quartetts, befindet sich im größten Elend und ist der fürchterlichsten Not preisgegeben. Er ist seit Jahren erblindet und fristet sein Dasein nur durch kleine Spenden, die ihm zuteil werden.

o **Selbstmord aus politischen Gründen.** Infolge der politischen Verhältnisse hat sich Landrat Graf Rantzau, der älteste Sohn des Forstmeisters Grafen zu Rantzau in Döllensradung in Niederschlesien, wo er amtierte, erschossen.

⊙ **Drahtlose Telephonverbindung Holland—England.** Die holländische Handelskammer in London hat Verhandlungen mit der Marconigesellschaft über die Herstellung einer drahtlosen telephonischen Verbindung zwischen England und Holland eingeleitet.

⊙ **Neue Goldfelder in Alaska.** Englischen Blättern wird aus Kanada gemeldet, daß in Alaska neue ausgedehnte Goldfelder entdeckt worden sind. Es wird nun wahrscheinlich sofort die große Jagd nach dem Golde beginnen, wie seinerzeit nach der Entdeckung der Goldfelder von Klondike.

⊙ **Einkommensverhältnisse am Burgtheater.** Am Wiener Burgtheater ist eine Bewegung im Zuge, die dahin abzielt, das Einkommen der Solomitglieder des Theaters so zu gestalten, daß die geringste Jahresgage 100 000 Kronen beträgt. Die Mitglieder verpflichten sich dagegen, außerhalb des Burgtheaters nicht aufzutreten.

⊙ **Schwere Frostschäden in Frankreich.** Eine Kältewelle hat in Frankreich starken Schaden an den Obstbäumen angerichtet, deren Blüte in den meisten Gegenden sehr vorgeschritten war.

o **Die Explosion in Lankwitz** ist zum Ausgangspunkt einer behördlichen Untersuchung geworden, die sich nicht nur auf diesen einzelnen Fall beschränken wird. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Selbstentzündung von Pikrinsäure vorliegt. Die Grube, in der man das mit Pikrin getränkte Papier in größerer Menge zu beseitigen versuchte, war während des Generalausstandes nicht unter Wasser gesetzt und nicht beobachtet worden. Als die Arbeiten wieder begannen, müssen sich in der Grube Dämpfe gebildet haben, die dann zur Explosion kamen, als neue Papierreste hinzukamen und den Dämpfen den Abzug erschwerten. Von den Zündern ist keiner explodiert. Diese sind sämtlich unversehrt geblieben. Die Untersuchung soll sich auch auf auswärtige Sprengstoffabriken erstrecken.

Vermischtes.

Die Flagge der Stadt Danzig. Oberkommissar Tower erließ über das Flaggenrecht der Danziger Kauffahrteischiffe eine Verordnung, in der es heißt: Die zum Erwerb durch die Seefahrt bestimmten Schiffe (Kauffahrteischiffe) mit Einschluß der Lotsen-, Hochseefischerei-, Bergungs- und Schleppfahrzeuge haben als Stationsflagge ausschließlich die Danziger Flagge zu führen. Die Danziger Flagge hat in Länge und Breite das Verhältnis 3:2, sie zeigt auf rotem Tuch in dem ersten Drittel von der Flaggenstange an gerechnet gleichlaufend zu dieser zwei weiße Kreuze übereinander und darüber eine gelbe Krone. Ein genaues, verbindliches Muster der Flagge ist in der Handelskammer Danzig niedergelegt. Zur Führung der Danziger Flagge sind die Kauffahrteischiffe nur dann berechtigt, wenn sie im ausschließlichen Eigentum von solchen Parteien stehen, welche am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz im Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig gehabt und die deutsche Reichsangehörigkeit besessen haben.

Platinersatz. Wie eine französische Zeitschrift mitteilt, hat ein in der amerikanischen Kriegsindustrie tätiger Chemiker einen brauchbaren Ersatz für Platin entdeckt. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so wird das Platin den hohen Preis, den es vermöge seiner außerordentlich schweren Schmelzbarkeit und der dadurch bedingten Unentbehrlichkeit für chemische Versuche hat, sehr bald verlieren. Das neue Erzeugnis soll dem Platin nicht nur in vieler Beziehung weit überlegen sein, sondern sich auch im Preise um 66% billiger stellen. Die Amerikaner, die gerne alles sofort ins Große treiben, haben auch schon bereits Maßnahmen getroffen, eine Fabrik errichten lassen, die täglich fünf Tonnen des neuen Metalls herstellen kann.

Eltern-Zeitung.

Der Osterhase und andere Kinderfreunde.

Von Nelly Wolffheim.

Ich erzählte gestern den Kindern eine Geschichte vom Osterhasen und seiner Familie; eigentlich war es wohl ein Märchen. Meine kleine Gesellschaft war mit größter Aufmerksamkeit dabei, und ich weidete mich an der Freude und Spannung, die aus ihren Augen hervorleuchtete. Was ich von den Häslein zu erzählen wußte, berichtete ich als eigenes Erlebnis bei einem Waldspaziergange, und die Kinder folgten mir mit der Seele, das merkte ich ihnen an. Da fielen zwei Fragen, die mir zu denken gaben. „Ach, ich dachte, das gäbe es nur im Märchen," sagte die siebenjährige Irma, „aber das dachte ich nur bis jetzt, nun weiß ich, daß es so etwas gibt." Was hätte ich antworten sollen? Wäre es richtig gewesen, dem Kinde gleich zu sagen, daß auch dieses nur ein Märchen war? Sicherlich hätte ich ihr und den anderen Zuhörern alle Stimmung genommen, und es hätte sich ein Geplauder über so vieles, was nicht „wahr" ist, angeschlossen; vielleicht wären die Kinder gar darauf gekommen, daß ich gelogen hätte; es muß nicht sein, aber es kann solch Gedanke ausgesprochen werden. So ging ich über den Einwand hin, beachtete ihn nicht weiter, aber zu denken gab er mir. Dann kam ein weiterer Zwischenfall. Der fünfjährige, sehr phantasiebegabte Erich ging etwas zu lebhaft auf meine Erzählung ein. „Also, wenn der Osterhase neulich im Kinderzimmer war, dann weiß ich wann. Ich bin an sein weiches Fell gestoßen, gerade als wir neulich das Spiel vom Osterhasen spielten, weißt du, als ich mit den Ohren wackelte und im Kreis herumsprang. Das hat der Osterhase sicher gesehen. Und weißt du, Tante", fuhr der Kleine fort, „heute nacht krabbelte etwas in unserm Zimmer; ich habe es Mutter gesagt, sie soll nachsehen, was es ist. Weißt du, es war ein kleines Kaninchen, so klein (dabei zeigte er Fingergröße), nein, es war der Osterhase. Da habe ich ihn gesehen." Die rege Phantasie wußte hier meine Erzählung fortzuspinnen, gab dem Knaben Veranlassung, sich Flunkergeschichten auszudenken. Und sicherlich werden der Osterhase und Erlebnisse mit ihm in den Unterhaltungen des Jungen während der nächsten Tage eine große Rolle spielen.

Strenge Pädagogen mögen hier den Keim zur „Lüge" entdecken, wer aber die engen Beziehungen zwischen kindlicher Phantasieentfaltung und der Kinderlüge kennt, wird die Sache weniger streng beurteilen. Eine Frage stieg mir aber auf: dürfen wir Kindern den Überblick verwirren über das, was „wahr" ist und was dichterische Verklärung uns nur zur „Wahrheit" stempelt? Sollen und dürfen wir den Kindern altbeliebte Gestalten erhalten: den Weihnachtsmann, den Osterhasen, die Englein? Es soll hier nicht versucht werden, auf diese Frage eine Antwort zu geben, nur zum Nachdenken, zum Zusammenfassen eigener Beobachtungen möchte ich die Eltern anregen; wie ein jeder handeln will, muß ihm überlassen bleiben.

Doch zur Erweiterung des angeregten Gedankenganges sei noch einiges gesagt. Es war einer meiner größten Kinderschmerzen, als mein Bruder aus der Schule kam und mir den Glauben an die Englein nehmen wollte. „Der Lehrer hat gesagt, es gäbe keine Engel." Ja, dies Wahrzeichen alles Wirklichen, dies „der Lehrer hat gesagt", es mußte mich ja überzeugen, aber es ging nicht ohne Schmerz dabei ab. Wie gern glauben die Kinder doch an das, was ihnen schön und freundlich erscheint, und alle Wunschgedanken, alles, was ihre Phantasie ihnen als Erfüllungsmöglichkeiten vorgaukelt, ist dem Kinderseelchen so willkommen. Der liebe, liebe Weihnachtsmann, welch guter Kinderfreund ist er! Wieviel ärmer ist das kindliche Leben, wenn es heißt, „es gibt ja keinen Weihnachtsmann, die Mutter oder der Vater kauft dir, was du dir wünschst". Letzte Weihnachten hatte ich Kinder zwischen drei und zehn Jahren vor mir, als ich vom Weihnachtsmann erzählte, und ich hatte etwas Furcht, die Großen könnten mit wahrheitsliebendem Realismus die Andacht der Kleinen stören; aber es ging alles glatt: auch die Schulkinder folgten mir — wie es schien — ohne Zweifelsucht in den weihnachtlichen Märchenwald. Ein anderes Mal freilich ging es weniger gut; da hatte ich eine Aufgeklärte dazwischen. Fünf Jahre war die kleine Person, die mir beinahe alle Stimmung zerrissen hätte: „Meine Mutter sagt, es gibt gar keinen Weihnachtsmann." — „Bei mir gibt's aber einen", gab ich zur Antwort. Vielleicht war diese Antwort pädagogisch nicht einwandfrei, jedenfalls aber entsprach sie meiner augenblicklichen Stimmung. Denn wenn ich vor den Kindern sitze, empfinde ich mit „als Kind" und glaube an das, was ich erzähle.

Oft beschweren mich allerlei erzieherische Bedenken, aber — sehe ich keinen Ausweg, so lasse ich mich von dem Gedanken leiten: wie verschaffe ich den Kindern die meiste Freudigkeit? Und nehmen wir den Kleinen den Osterhasen, den Weihnachtsmann und andere ihrer Freunde, so machen wir ihre Kindheit um manchen Sonnenstrahl ärmer; deshalb bleibe ich — trotz allem — den altbewährten Märchenfiguren treu.

Bekanntmachung.

1. Kriegshinterbliebenenfürsorge.

An bedürftige Kriegshinterbliebene sind Sonnabend, **den 3. April 1920** in der Gemeindekasse Zuweisungen aus Reichsmitteln angewiesen. Es wird ersucht, den Termin pünktlichst innezuhalten.

2. Säuglingslebensmittelkarten.

Für Kinder unter 2 Jahren (Säuglinge) solcher Haushaltungen, die nicht Selbstversorger sind, werden am Sonnabend, den 3. April 1920, nachmittag von 3—5 Uhr neue Zusatz-Lebensmittelkarten der Reihe F ausgegeben.

3. Ausgabe von Schokolade

für Kinder unter 2 Jahren erfolgt mit der Ausgabe zu 2. Preis für das halbe Pfund 11,50 Mark.

4. Kartoffelversorgung.

Mit Rücksicht darauf, daß der 2. Kartoffelausgabetag dieser Woche auf einen Festtag fällt, findet die Kartoffelausgabe am Sonnabend nachmittag an Stelle Freitag statt. Es können für 3 Wochen bis einschließlich 18. April Kartoffeln ausgegeben werden.

Als Ersatz für die verminderte Ration wird auf Nr. 2, 3 und 4 der neuen (lila) Lebensmittelkontrollkarte je ein halbes Pfund Ackerbohnen verabfolgt.

Preis für 1 Pfund 2.30 Mark.

5. Fleischkonserven.

Der Restbestand der Fleischkonserven (Gulaschfleisch in Blechbüchsen) wird am Sonnabend, den 3. d. Mts. freihändig zum Preise von 7,50 Mark verkauft.

6. Gemeindekasse.

Von jetzt ab befindet sich der Zahlraum der Gemeindekasse und der Steuerzahlstelle im Hausflur rechts neben der Sparkasse (Zimmer Nr. 5).

Warmbrunn, den 31. März 1920.

Der Gemeindevorstand:
Neugebauer.

Am 30. März. abends 7 Uhr verschied sanft unsere liebe Schwester, Tante und Schwägerin, Frau

Antonie Bauer

im 74. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Warmbrunn, den 31. März 1920.

Die Beerdigung findet am Karfreitag 1/4 6 Uhr nachmittags von der Harmonie aus statt.

Visiten-Karten liefert in jeder Ausführung **Fleischers Buchdruckerei.**

Bettnässen
Befreiung garantiert!
Leichte unauffällige Anwendungsweise (ohne Apparat).
Alter und Geschlecht anzugeben.
Diskret. Versand gegen Nachnahme Mk. 11.
A. Stegmann, Nürnberg,
Webersplatz 11.

Kriegsanleihe in jeder Höhe **kauft** gegen bar
Hans Hinderer, Berlin S. Schweidn. Straße 18

Gediegenen und fördernden
Klavier- und Gesangunterricht
(moderne Tonbildung) erteilt
Olga Sakowski, Lehrerin für Klavier und Gesang
Mitglied der Musikgruppe Berlin,
Nachfolgerin der Musiklehrerin Fräulein Eva Hantzsch.
Warmbrunn, Wrangelstrasse 8, parterre.
Neue Schüleranmeldungen: mittags 1— 2 Uhr.

Zeitungs-Austrägerin
für
Ober-Herischdorf
sofort gesucht.
Warmbrunner Nachrichten.

Die
Zeitungsausgabe
bei Herrn Kaufmann Elsner am Scholzenberg
findet täglich statt
nachmittags von 3/4 6 Uhr ab.
Herischdorfer Tageblatt.

Turn-Verein Warmbrunn.
Donnerstag
den 1. April, abds. 1/2 9 Uhr,
Monats-Versammlung.
Der Vorstand.

Mandolinen- und Gitarren-Chor.
Donnerstag, den 1. April, abends 8 Uhr:
Uebungsabend.
Erscheinen der aktiven Mitglieder Bedingung!
Ausgabe des neuen Notenmaterials. Nichterscheinenden können unter Umständen keine Noten ausgehändigt werden.
Der Vorstand.

Weißes Kleid
für jungs Mädchen, und eine
elektrische Hängelampe
zu verkaufen.
Voigtsdorferstraße 11, I.

Silberne
Damenuhr
mit Goldrand
sowie
Steppdecke
zu verkaufen.
Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu verkaufen:
tadellose Damenschuh (Größe 40),
Realschulmütze für Quarta.
Herischdorf, Walterstraße 8, I

Neue
feldgraue Hose
(60 Mark),
zu verkaufen.
Brucestraße 1, 2. Etg., rechts.

Haus
in Herischdorf
zu kauf. gesucht.
Angebote unter „Haus" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Wer verleiht
für einige Monate
Klavier
in gute Hände?
Angeb. m. Preisangabe u. „Klavier" a. d. Gesch. d. Ztg.

Privat-Frisier-Salon Kretschmer,
Warmbrunn, Mühlstraße 8.
Ondulieren, Frisieren, Kopfwäsche.
Reparaturwerkstatt für Haarschmuck.

Achtung!
Diebe
steGewinnchance bietetd.
Kriegsgefangenen
Geldlotterie
Ziehungen vom 20.—24. April. Gewinnkapital:
Mk. 1000000
Eine Million
Haupt-gewinne zu:
250000
100000
usw.
Lose z. Preise v. Mk. 5,50 inkl. Porto u. Liste vers. auch gegen Nachnahme.
Lotterieeinnahme
Friedrich Matthews,
Hamburg 23.

Das Zahnpulver „Nr. 23" (gesetzlich geschützt). Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt **P. Bahr.**
In 2 Packungen:
„Rosa" erhält die Zähne gesund u. blendendweiß
„Weiss" zahnsteinlösend, reinigend.
Man verl. Nr 23 mit Namenszug ausdrückl. Nr. 23 Zahnarzt P. Bahr.
Ueberall zu haben

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

Ungeziefer
Mäuse, Ratten, Russen, Wanzen
vernichtet mit Garantie
Fuxol
Alleinverkauf
Germania-Drogerie,
Schlossplatz 3.